



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 26.07.2017, 17:10 Uhr, Kulturzentrum, Großer Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Bahnhofsareal Ludwigsburg: Neugestaltung
Zentraler Omnibusbahnhof - Vergabe von
Planungsleistungen

Vorl.Nr. 260/17

Beschluss:

Die Vergabe der Planungsleistungen für die Entwurfsplanung (Leistungsphasen 1-3) des Zentralen Omnibusbahnhofes an die Arbeitsgemeinschaft pp a/s pesch partner architekten stadtplaner GmbH (Stuttgart) mit Brilon Bondzio Weiser GmbH (Bochum) und Knippers Helbig (Stuttgart), mit einer vorläufigen Vergabesumme von 510.000,-- EUR inklusive 19 % Mehrwertsteuer und ca. 11 % Unvorhergesehenes wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Daferner
- Stadtrat Köhle
- Stadträtin Kreiser
- Stadtrat T. Lutz
- Stadtrat Noz
- Stadträtin Seyfang

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt OBM Spec mit, der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales (BSS) habe in der öffentlichen Sitzung am 25.07.2017 einstimmig die Teilnahme am Bewerbungsverfahren für den Ideenwettbewerb des Ministeriums für Soziales und Integration Baden-Württemberg zur Strategie "Quartier 2020 - Gemeinsam.Gestalten.", beschlossen. Das Ministerium habe zwischenzeitlich mitgeteilt, dass zur Beantragung der Teilnahme am Wettbewerb der Beschluss des Ausschusses nicht ausreiche, sondern eine Entscheidung des Gemeinderats erforderlich sei.

Weil es sich um einen Zuschussantrag handle, bei dem es sich „nur“ um ein politisches Bekenntnis handle, schlage er aus pragmatischer Erwägung vor, diesen Punkt als letzten Tagesordnungspunkt der heutigen öffentlichen Sitzung nochmals aufzunehmen.

TOP 1

Bahnhofsareal Ludwigsburg: Neugestaltung

Vorl.Nr. 260/17

Weiter führt er aus, der ursprünglich vorgesehene Tagesordnungspunkt 3 „Schauinsland“ werde von der Tagesordnung abgesetzt.

Außerdem habe man sich abgestimmt, dass in heutiger Sitzung noch Stellung zu den Überlegungen der Städte Kornwestheim und Remseck, direkt an der Gemarkungsgrenze zu Grünbühl eine große Unterkunft für Flüchtlinge mit ca. 200 oder mehr Personen zu bauen, bezogen werden soll. Diese Überlegung der Nachbarstädte, die durch die Zeitung bekannt geworden sei, sorge in Ludwigsburg für Kritik und führen zu einem sehr großen Unverständnis. Die Überlegungen seien Grund zu großer Sorge, weil sie völlig abweichend von der bisherigen Ludwigsburger Politik, einer möglichst dezentralen Unterbringung, liegen. Alle Erfahrung zeigen, dass eine Integration mit dezentraler Unterbringung besser gelinge. Jede Form der Konzentration schaffe Probleme. OBM Spec ruft die Nachbarkommunen zu einem Dialog auf, der es ermöglicht, unsere Vorbehalte zu äußern und gemeinsam mit Kornwestheim und Remseck zu einer gemeinsam getragenen Lösung zu kommen. Die gute nachbarschaftliche Tradition solle fortgesetzt und beibehalten werden.

Für die CDU-Fraktion erklärt Stadtrat Herrmann, er habe zwar gehört, dass manche Flüchtlinge lieber in größeren Gruppen beieinander leben wollten. „Aber wie sollen sie dann Deutsch lernen und unsere Gewohnheiten kennenlernen, wenn sie isoliert leben?“ Ludwigsburg habe aus eigenen Fehlern gelernt. Als Beispiel nennt er die Gebiete Sonnenberg und Grünbühl. Es habe lange gedauert, bis das soziale Gefüge sich hier normalisiert habe. Vor mehr als 20 Jahren habe man bei der Ansiedlung Fehler gemacht; man habe daraus gelernt. Bündnis 90/die Grünen, so Stadtrat Kasdorf, stehen zum Ziel einer dezentralen Unterbringung mit höchstens 80 Menschen. „Nur dann kann die Integration gelingen, kann der Kontakt mit Nachbarn und ehrenamtlich Engagierten gelingen.“ Es bestehe kein hoher Handlungsdruck, es sei laut BM Schöneberger aus Remseck alles im Anfangsstadium und es sei daher noch genügend Zeit, mit den Nachbarkommunen ins Gespräch zu kommen. Uns ist zwar bekannt, wie schwierig es ist, Flächen zu finden, und überall herrscht zudem Wohnungsnot, dennoch bleibt eine Strategie mit dezentraler Unterbringung bei höchstens 50 bis 60 Plätzen pro Standort der richtige Weg, sagt Stadträtin Liepins. Eine solche Lösung sei auch für Pattonville, für Grünbühl und vor allem für die Menschen in der Unterkunft deutlich besser. Stadtrat Weiss lehnt es zwar ab, sich in Kornwestheimer und Remsecker Angelegenheiten einzumischen. „Wir wollen aber doch ein Signal senden, dass wir für einen Dialog einstehen und unterstützen die gemeinsame Erklärung. Lasst uns miteinander reden.“ Auch Stadtrat Eisele erklärt, man wolle den Nachbarn keine Vorschriften machen. Aber Ludwigsburg mache mit seinen kleineren Einheiten sehr gute Erfahrungen. „Ich hoffe, dass wir den Affront aus der Welt schaffen können.“ Stadträtin Dziubas führt aus, „ich hoffe, dass man wieder einen Dialog auf einer sachlichen Ebene führen kann.“ Stadträtin Burkhardt dagegen bleibt skeptisch, ob ein echter Dialog zu erreichen sei. Aber auch sie setzt ihre Hoffnungen darauf, dass man eine andere Lösung als die bisher bekannt gewordene finden kann. Eine dezentrale Strategie/Lösung sei die richtige. „Nicht noch mehr Öl ins Feuer gießen“ will Stadträtin Faulhaber, sie werde sich ihrer Stimme daher enthalten, auch weil es für den Ludwigsburger Gemeinderat noch keine Vorlage gebe. Der Schritt sei zu früh.

In einer offenen Abstimmung wird anschließend mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen (Nicht anwesend: Stadträte Daferner, Köhle, Kreiser, T. Lutz, Noz, Seyfang) einstimmig folgender Beschluss gefasst:

Gemeinsame Erklärung des Gemeinderats Ludwigsburg zur geplanten Anschlussunterbringung

von 200 oder mehr Geflüchteten an der Gemarkungsgrenze von Kornwestheim, unmittelbar zugeordnet zum Stadtteil Grünbühl:

Der Ludwigsburger Gemeinderat lehnt die über die Presseberichterstattung bekannt gewordenen Pläne für die Unterbringung von 200 geflüchteten Menschen in der Anschlussunterbringung an der unmittelbaren Grenze zum Stadtteil Grünbühl ab. Das Vorhaben würde in dieser Weise völlig der dezentralen Unterbringung und Integration widersprechen, wie derzeit in Ludwigsburg praktiziert.

Der Gemeinderat appelliert an die Kolleginnen und Kollegen der benachbarten Kommunen, die Pläne nicht in dieser Weise umzusetzen, sondern den Dialog aufzunehmen, zu dem wir jederzeit bereit sind.

Nach der Verabschiedung der Erklärung steigt OBM Spec in die Tagesordnung ein und ruft die Vorlage 260/17 auf.

BM Ilk erläutert die Vorlage und den Verlauf der Beratung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt (BTU). Es liege eine einstimmige Beschlussempfehlung des BTU vor. Die Planung sei „Doppelstrategie-Kompatibel“, dies sei ein wesentlicher Aspekt der BTU-Beratungen gewesen.

Handlungsbedarf bestehe am Bahnhof in jedem Fall, teilt Stadtrat Gericke mit. Die Mobilitätsdrehscheibe solle ausgebaut werden, der ZOB solle für die Zukunft gestaltet werden. Daher bitte er - dies solle auch Protokoll festgehalten werden - dass bei den weiteren Planungen wie im BTU von BM Ilk zugesagt, für eine mind. zweigleisige Niederflurbahn die Optimierungen vorgenommen werden.

Stadträtin Liepins stellt fest, insgesamt sei die Fläche am Bahnhof sehr klein und es sei eine Herausforderung für die Planer allen Verkehrsteilnehmern gerecht zu werden. Die Fläche der ehem. „Marktbuden“ solle daher nicht mehr bebaut werden. Die Fläche solle für Busse und für eine Stadtbahntrasse freigehalten werden. Am Ende ihrer Ausführungen erkundigt sie sich, ob die früher angedachte Seilbahnlösung vom Tisch sei.

OBM Spec informiert, im Herbst erhalte das Gremium das Ergebnis der Untersuchungen. Klar sei aber, dass ein zusätzlicher Verkehrsträger, welcher in Konkurrenz stehen würde, nicht sinnvoll sei. Daher gehe man von einer zeitnahen anderen ÖPNV Lösung aus. Die Annahme von Stadträtin Liepins sei daher richtig.

Stadtrat **Herrmann** führt aus, der ZOB solle eine zentrale Verkehrsdrehscheibe für alle Verkehrsteilnehmer bleiben. Einzelne Details könnten noch besprochen werden, wenn die Planung vorliege.

Stadtrat Rothacker erkundigt sich nach den Fristen. Für Ihn sei wichtig dass diese eingehalten werden. Seines Wissens sei der Baubeginn für das Jahr 2019 vorgesehen.

Stadtrat Eisele hält den vorliegenden Entwurf für gelungen. Er sei selbst bei zwei Sitzungen des Preisgerichts zugegen gewesen. Teile der Planung bedürfen allerdings der Überarbeitung. Die vorgesehene Dachkonstruktion sei funktionell, durchdacht und schön. Sie Siegerarbeitsgruppe stehe nun in der Pflicht, eine gute Arbeit abzuliefern.

Stadträtin Burkhardt hält die Raumaufteilung im Bahnhofsbereich für sehr schwierig. Wichtig sei die Anbindung der Fußwege. Kurze Fußwege seien wichtig. Die Anbindung an das Fußwegekonzept muss gewährleistet sein. Außerdem müsse die Planung mit den Busunternehmen abgestimmt werden. Das Dach muss die Personen und Buskunden vor Witterungseinflüssen schützen.

Weiterhin nicht aus dem Auge verloren werde dürfe die behindertengerechte Anbindung an das S-Bahngleis. Insgesamt werde sie der Vorlage zustimmen.

Nach der Aussprache lässt OBM Spec über die Vorlage Beschluss fassen.

Beschluss:

- I. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligungen der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 3) werden zur Kenntnis genommen.

Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 3 beschlossen.



- II. Der Entwurf der Flächennutzungsplanänderung Nr. 31 „Westrandstraße“ vom 04.07.2017 wird beschlossen. Es gilt die Begründung vom 04.07.2017
- III. Die Verwaltung wird beauftragt, den Entwurf der Flächennutzungsplanänderung gem. § 3 (2) BauGB öffentlich auszulegen und die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB einzuholen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Daferner
- Stadträtin Dziubas
- Stadtrat Köhle
- Stadträtin Kreiser
- Stadtrat T. Lutz
- Stadtrat Noz
- Stadträtin Seyfang

Beratungsverlauf:

BM Ilk führt in das Thema ein. OBM Spec erkundigt sich ob die Vorlagen 283/17, 235/17 und 281/17 zusammen abgestimmt werden können. Mit dieser Vorgehensweise erklärt sich das Gremium einverstanden.

/Auslegungsbeschluss und förmliche Beteiligung
der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen
Träger öffentlicher Belange - Parallelverfahren
gem. § 8 Abs. 3 BauGB

Stadträtin Dr. Knoß merkt an, für die Breite des Fußweges sei derzeit das gesetzliche Mindestmaß von 1,5 m vorgesehen. Aus ihrer Sicht sollten zwei Fußgänger aneinander vorbei kommen. Min. 1,8 m breit sollte aus ihrer Sicht der Fußgängerweg daher angelegt werden, dies solle nach Möglichkeit bei den weiteren Planungen berücksichtigt werden.

BM Ilk führt aus, dieses Thema sei in der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt (BTU) bereits angesprochen worden. Man werde dieses Thema im Auge behalten. Man müsse sich auch mit der Gemeinde Möglingen abstimmen.

Die anschließende Beschlussfassung erfolgt gemeinsam (en bloc) mit den TOP 2.2 und 2.3.

Beschluss:

- I. Die Aufstellung sowie der Entwurf des Bebauungsplans „Westrandstraße Süd“ Nr. 022/17 werden zusammen mit den textlichen Festsetzungen und der Begründung, jeweils mit Datum vom 04.07.2017, beschlossen.
- II. Ziel der Planung ist die planungsrechtliche Sicherung der „Westrandstraße“, als ein wichtiges Element im Verkehrsnetz zur Entlastung der Hauptverkehrsstraßen innerhalb der Weststadt.
- III. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 beschlossen.
- IV. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplanentwurf gemäß § 3 (2) BauGB öffentlich auszulegen und die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB einzuholen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Daferner
- Stadträtin Dziubas
- Stadtrat Köhle
- Stadträtin Kreiser
- Stadtrat T. Lutz
- Stadtrat Noz
- Stadträtin Seyfang

Beratungsverlauf:

Die Beschlussfassung erfolgt gemeinsam (en bloc) mit den TOP 2.1 und 2.3.

Beschluss:**1. Entwurfs- und Baubeschluss**

Die Entwurfsplanung des Büros Rauschmaier Ingenieure vom 26.06.2017 ist Grundlage für die Ausschreibung der Bauleistungen für den Bau der Westrandstraße, inklusiv der notwendigen Anpassungen am Knotenpunkt L1140/BAB 81 (östl. Rampe), dem Neubau der beiden geplanten Kreisverkehre an der Mörikestraße (Westrandstraße und Wöhlerstraße) sowie den Anpassungen am Knotenpunkt Mörikestraße/Waldäcker. Die Gesamtkosten in Höhe von 8.150.000 € werden genehmigt. Bei der Planung wird die Radwegeverbindung zwischen Ludwigsburg und Möglingen integriert und das Ziel einer zeitgleichen Realisierung wird intensiv verfolgt.

2. Ermächtigung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt

Der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt wird ermächtigt, die Vergabe der Arbeiten vorzunehmen. Bei Kostenüberschreitungen wird das Gremium dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 10% oder um 50.000 € überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Daferner
- Stadträtin Dziubas
- Stadtrat Köhle
- Stadträtin Kreiser
- Stadtrat T. Lutz
- Stadtrat Noz
- Stadträtin Seyfang

Beratungsverlauf:

Die Beschlussfassung erfolgt gemeinsam (en bloc) mit den TOP 2.1 und 2.2.

TOP 3 "Schauinsland"

TOP 3.1	Flächennutzungsplanänderung Nr. 28 - "Schauinsland" in Ludwigsburg-Neckarweihingen - Auslegungsbeschluss und förmliche Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - Parallelverfahren gem. § 8 Abs. 3 BauGB	Vorl.Nr. 112/17
---------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Sitzung wird dieser Punkt von der Tagesordnung abgesetzt.

TOP 3.2	Bebauungsplan "Schauinsland" Nr. 115/14 - Entwurfsbeschluss, förmliche Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange	Vorl.Nr. 111/17
---------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Sitzung wird dieser Punkt von der Tagesordnung abgesetzt.

Beschluss:

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung mit dem Bau der temporären Flüchtlingsunterkunft in der Ditzinger Straße 17, Pflugfelden, zu beginnen, obwohl zwischenzeitlich Klage eines Anwohners eingereicht wurde.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Daferner
- Stadtrat Köhle
- Stadträtin Kreiser
- Stadtrat T. Lutz
- Stadtrat Noz
- Stadträtin Seyfang

Beratungsverlauf:

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage 307/17. EBM Seigfried führt in das Thema ein, erläutert die Vorlage und berichtet über die aktuellen Flüchtlingszahlen. Zusätzliche Plätze würden dringend benötigt.

Die Engpässe bei der Flüchtlingsunterbringung könne sie nicht nachvollziehen, teilt Stadträtin Burkhardt mit. Lt. Website der Stadt Ludwigsburg hätte sich die Anzahl der Flüchtlinge bei ca. 1000 Personen eingependelt. Dies sei ungefähr die Hälfte der ursprünglich prognostizierten Zahl. Neue Flüchtlingsströme seien ihr nicht bekannt. Ziel sei immer eine dezentrale Unterbringung gewesen. 60 Personen mitten im Ort sei nicht dezentral. Außerdem sei die Fläche im Bebauungsplan für die notwendige Erweiterung der Schule vorgesehen. Ein zusätzliches Gebäude für die Schulkindbetreuung sei erforderlich. Aus den genannten Gründen lehne sie die Vorlage ab.

Stadtrat Hermann bedankt sich bei EBM Seigfried für die Erläuterungen und führt aus, die CDU-Fraktion halte den Beschlussvorschlag für richtig und könne der temporären Unterbringung zustimmen. Das Risiko die klage zu verlieren sei gering. Stadtrat Kasdorf führt aus, man stehe weiterhin hinter der mehrheitlich getroffenen Entscheidung. Stadtrat Dr. O'Sullivan hält die Chancen des Anwohners bei einer Klage für gering. Die SPD-Fraktion gebe daher „Rückendeckung“. Stadtrat Weiss kann zustimmen. Er glaube nicht, dass der Flüchtlingsstrom endet. Stadtrat Eisele schließt sich seinem Vorredner an. Flüchtlinge kämen nach wie vor. Den Standort halte er weiterhin für geeignet. Eine Nachnutzung sei möglich. Stadtrat Kube führt aus, er könne zustimmen. Ein entsprechender Beschluss sende auch das politische Signal, dass man sich nicht von einem einzelnen Bürger auf der Nase herumtanzen lasse.

Nachdem keine weiteren Wortbeiträge vorliegen, lässt OBM Spec über die Vorlage Beschluss fassen.

Vergabebeschluss:

Der Vergabe der nachfolgenden Gewerke für die August-Lämmle-Schule, Westfalenstraße 54 in Oßweil wird zugestimmt.

	Gewerk	Firma	Verfügte Summe inkl. 19 % MwSt. (Auftragssumme + ca. 15 %)
1.	Brandschutzspritzputz	TS Brandschutz GmbH Zeche Ernestine 8 45141 Essen	145.000 EUR
2.	Holz-Alu-Glas- Fassade	Noll Fensterbau GmbH Dieselstraße 101 63165 Mühlheim	590.000 EUR
3.	Elektrotechnik mit Fernmelde- /Informationstechnik	Elektro-Heldele GmbH Heilbronner Straße 3 73037 Göppingen	1.125.000 EUR
4.	Küchentechnische Einrichtung	Edgar Fuchs GmbH Wannweiler Straße 12 72138 Kirchentellinsfurt	170.000 EUR

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Daferner
- Stadtrat Köhle
- Stadträtin Kreiser
- Stadtrat T. Lutz
- Stadtrat Noz
- Stadträtin Seyfang

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag und Aussprache wird seitens des Gremiums verzichtet. OBM Spec ruft die Vorlage zur Beschlussfassung auf.

Beschluss:

1. Der Bericht der Jugendmusikschule e.V. 2016 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der im Haushalt 2016 kalkulierte bzw. angesetzte Zuschuss für das Haushaltsjahr 2017 in Höhe von EUR 802.953,83 (institutioneller Zuschuss i.H.v. 556.153,83 EUR, Begabtenförderung i.H.v. 20.000 EUR, Mietzuschuss i.H.v. 226.800 EUR) wird zur Auszahlung freigegeben.
3. Die auf drei Jahre befristete Dynamisierung des institutionellen Zuschusses entsprechend Vorlage 356/14 wird ab dem Haushaltsjahr 2018 unbefristet gewährt. Die Berechnung des Zuschusses richtet sich weiterhin nach den in Vorlage 356/14 beschlossenen Grundlagen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Daferner
- Stadtrat Köhle
- Stadträtin Kreiser
- Stadtrat T. Lutz
- Stadtrat Noz
- Stadträtin Seyfang

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag und Aussprache wird seitens des Gremiums verzichtet. OBM Spec ruft die Vorlage zur Beschlussfassung auf.

Beschluss:

1. Der Jahresbericht 2016 wird zustimmend zur Kenntnis genommen
2. Dem Programmkonzept 2017 wird vorbehaltlich der Gewährung eines Landeszuschusses zugestimmt
3. Der städtische Zuschuss 2017 in Höhe v. 209.650,- € wird freigegeben

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Daferner
- Stadtrat Köhle
- Stadträtin Kreiser
- Stadtrat T. Lutz
- Stadtrat Noz
- Stadträtin Seyfang

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag und Aussprache wird seitens des Gremiums verzichtet. OBM Spec ruft die Vorlage zur Beschlussfassung auf.

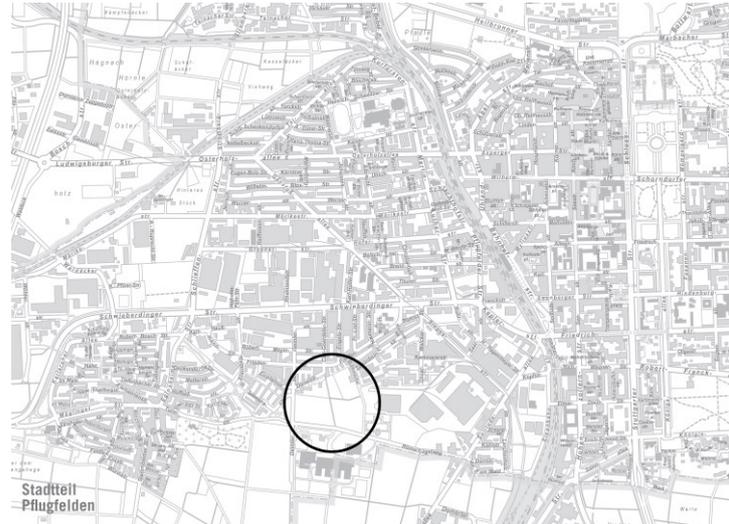
Beratungsverlauf:

OBM Spec verweist auf die Erläuterungen und die Vorberatung im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung (WKV) am 18.07.2017.

Ohne Aussprache nimmt der Gemeinderat anschließend den Jahresabschluss der Stadt Ludwigsburg 2016 zur Kenntnis.

Beschluss:

- I. Die eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 beschlossen.
- II. Der erneute Entwurf des Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschriften „Kleingärten Römerhügel“ Nr. 026/05 wird zusammen mit den textlichen Festsetzungen und der Begründung, jeweils mit Datum vom 28.06.2017 beschlossen.
- III. Die Verwaltung wird beauftragt, den erneuten Entwurf des Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschriften gem. § 3 (2) i.V.m. § 4a (3) BauGB erneut öffentlich auszulegen und die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) i.V.m. § 4a (2) BauGB erneut einzuholen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Daferner
- Stadtrat Köhle
- Stadträtin Kreiser
- Stadtrat T. Lutz
- Stadtrat Noz
- Stadträtin Seyfang

Beratungsverlauf:

BM Ilk erläutert die Vorlage 290/17 und den Verlauf der BTU-Beratung vom 20.07.2017. Er verweist auf die Vorlage 316/17 und dass die Ziff. II des Beschlussvorschlages entsprechend dieser Vorlage geändert werde.

Stadträtin Burkhardt teilt mit, ihre ablehnende Haltung habe sich durch die Änderung der Vorlage nicht geändert. Das für die Gesamtstadt wichtige, große Kaltluftentstehungsgebiet dürfe durch keinerlei Bebauung beeinträchtigt werden. Gerne hätte Sie die Untersuchungen des Büros Grün.

OBM Spec teilt mit, der Fachbereich Stadtplanung und Vermessung gewähre gerne Einblick in sämtliche Untersuchungsergebnisse. Stadträtin Burkhardt möge sich bitte direkt an den Fachbereich wenden.

Stadtrat Link führt aus, in den BTU-Beratungen sei nach Diskussion mitgeteilt worden, dass die Gartenhäuser auch mit Satteldächern errichtet werden können. In den Bauvorschriften zum Bebauungsplan sei dieser Hinweis aber nicht enthalten.

Zwischenzeitlich werde von der Stadtverwaltung gegenüber den Kleingärtnern geäußert, dass Zuschüsse nur bei einer Flachdachbebauung zu erhalten seien. Aus seiner Sicht müsse die Wahlmöglichkeit der Dachform im Bebauungsplan verankert werden.

BM Ilk teilt mit, es gebe den Beschluss, dass es bei einem Umzug einen Zuschuss für Geschirrhütten gibt. Beim Bau eines begrünten Flachdaches werde ein höherer Zuschuss gewährt, weil die Begrünung zur Ausgleichsfläche gerechnet werde.

Herr Kurt, Fachbereich Stadtplanung und Vermessung ergänzt, die ursprünglich angedachte Bebauungsplanfestsetzung Flachdach (FD) wurde nach der BTU-Beratung gestrichen. Die Festsetzung FD gebe es nur noch für das Vereinsheim. Nachdem es hinsichtlich der Dachform keine Festsetzung gibt, bedeute dies im Umkehrschluss, dass alle Dachformen möglich seien. Fr. Hörter vom Fachbereich Tiefbau und Grünflächen werbe allerdings, auch aufgrund der Regenrückhaltung dafür, begrünte Flachdächer zu errichten. Auch werden die Gebäude in Flachdachbauweise nicht so hoch.

Stadtrat Link fehlt eine klare Regelung, welche den Kleingärtnern kommuniziert werden kann.

Außerdem sollten aus seiner Sicht alle die gleiche Förderung erhalten.

OBM Spec entgegnet, die Sorge von Stadtrat Link sei, wie von BM Ilk und Herrn Kurt dargestellt, unbegründet. Die Kleingärtner seien gut organisiert, dadurch könne man evtl. auch nochmals auf die Bebauungsmöglichkeiten hinweisen.

Stadtrat Kasdorf weist im Zusammenhang mit der Dachbegrünung auf einen entsprechenden Antrag seiner Fraktion hin. Dieser Antrag solle auf die Tagesordnung gebracht werden.

Eine weitere Aussprache wird nicht gewünscht, OBM Spec ruft zur Beschlussfassung auf. Die Beschlussfassung erfolgt zusammen mit der Beschlussfassung über die Vorlage 316/17.

Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften
"Kleingärten Römerhügel" Nr. 026/05 - erneuter
Entwurfsbeschluss und erneute Beteiligung der
Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen
Träger öffentlicher Belange

Beschluss:

Ziff. II der Beschlussvorlage 290/17 wird wie folgt geändert:

Der erneute Entwurf des Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschriften „Kleingärten Römerhügel“ Nr. 026/05 wird zusammen mit den textlichen Festsetzungen und der Begründung, jeweils mit Datum vom 28.06.2017/**20.07.2017** beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Daferner
- Stadtrat Köhle
- Stadträtin Kreiser
- Stadtrat T. Lutz
- Stadtrat Noz
- Stadträtin Seyfang

Beratungsverlauf:

Die Beschlussfassung erfolgt zusammen mit der Beschlussfassung über die Vorlage 290/17.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Teilnahme am Ideenwettbewerb des Ministeriums für Soziales und Integration Baden-Württemberg mit dem Ziel zu, jeweils einen Quartiersentwicklungsprozess für „Grünbühl-Sonnenberg“ und das Quartier „City-Ost“ durchzuführen. Die Stiftung Evangelische Altenheime Ludwigsburg, als Initiator der Quartiersentwicklung „City-Ost“ wird dabei von der Stadtverwaltung unterstützt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Daferner
- Stadtrat Köhle
- Stadträtin Kreiser
- Stadtrat T. Lutz
- Stadtrat Noz
- Stadträtin Seyfang

Beratungsverlauf:

EBM Seigfried nimmt Bezug auf die Vorlage 263/17. Er teilt mit, der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales (BSS) habe in seiner Sitzung am 25.7.2017 bereits einen entsprechenden Beschluss gefasst. Dieser Beschluss des Ausschusses reiche für die Beantragung der Teilnahme nicht aus, eine Entscheidung des Gemeinderats sei erforderlich.

Im Anschluss lässt OBM Spec über die Vorlage daher auch vom Gemeinderat Beschluss fassen.

Am Ende der öffentlichen Sitzung teilt Stadtrat Link mit, es würden dringend Plätze für die Erstunterkunft und die Anschlussunterbringung gesucht. Er könne daher nicht verstehen, dass ein vor 4 Jahren saniertes Zweifamilienhaus abgerissen werde. In diesem Haus, in wunderschöner Lage, hätten locker 2 Familien mit Kindern untergebracht werden können.

OBM Spec entgegnete, es gebe keinen Sachzusammenhang. Evtl. könne das von Stadtrat Link angesprochene Thema an anderer Stelle besprochen werden.